

Flüchtlingsdrama

Hauptschuldig: Die bösen Schlepper

Wer ist verantwortlich für die Erderwärmung? Die Erdölindustrie. Wer trägt die Schuld an Amokläufen und Mordanschlägen? Die Waffenlobby. Wer ist verantwortlich dafür, dass die Leute in der westlichen Welt immer fetter werden? Besteckhersteller und Junkfoodproduzenten. Wem haben wir die immer höher anbrandenden Flüchtlingswellen zu verdanken? International aktiven Schlepperbanden.

So einfach ist das, wenn man die Ursachenerforschung unseren politischen Eliten und den Journalisten der Blockmedien überlässt. Entsprechend fundiert und intelligent fallen auch die Strategien aus, mit denen unerfreulichen Phänomenen wie den genannten begegnet wird.

So sollen also die rücksichtslose Landschaftszerstörung durch Windräder, das Verbot des Privatbesitzes von (bei von Zivilisten verübten Gewaltverbrechen auffallend selten verwendeten) Feuerwaffen, Abgabebeschränkungen und Sondersteuern auf bestimmte Lebensmittel und der entschlossene Kampf gegen Schlepperbanden die jeweils angestrebte Wende zum Guten bringen.

Da Politnomenklatura und Journaille in „Schleppern“ und „Schleusern“ die Hauptschuldigen am aktuellen Flüchtlingschaos erkannt zu haben glauben, werden alle vorhandenen Kräfte auf deren Bekämpfung konzentriert und wesentliche Fragen der Einfachheit halber gar nicht erst gestellt. Zum Beispiel:

- ▶ Was unterscheidet einen Flüchtling von einem Migranten?
- ▶ Wieso kommen rund 40 Prozent der „Flüchtlinge“ vom Balkan, wo doch derzeit bekanntlich weder Kriege toben noch Hungersnöte herrschen?
- ▶ Wieso handelt es sich bei „Flüchtlingen“ aus Afrika und dem Nahen Osten nahezu ausschließlich um junge Männer? Droht Frauen dort keine Gefahr?
- ▶ Woher nehmen angeblich mittellose „Flüchtlinge“ 10.000 Euro und mehr, um damit skrupellose Schlepper und Schleuser zu bezahlen?
- ▶ Weshalb erwählen muslimische „Flüchtlinge“ bevorzugt Länder der verfluchten Ungläubigen zur neuen Heimstätte, anstatt sich ihren rechtschaffenen Glaubensbrüdern in Saudiarabien, den Emiraten, Malaysia, Indonesien, der Türkei oder dem Iran anzuvertrauen?
- ▶ Haben die Interessen von Zuwanderern grundsätzlich Vorrang vor denen der autochthonen Bevölkerung?

Keine dieser Fragen wurde in den Systemmedien je gestellt, geschweige denn beantwortet.

Nur ganz nebenbei sei angemerkt, dass der größte Teil der afrikanischen „Flüchtlinge“ seit Muammar al-Gadaffis Sturz über Libyen in die Alte Welt eindringt. Über das Land jenes bitterbösen Diktators also, der dieses immerhin zu einem in der Region seltenen Wohlstand geführt und den Bürgern (insbesondere den weiblichen) Freiheiten eingeräumt hat, von denen diese unter den jetzt herrschenden Bedingungen allenfalls träumen können. Sein Regime wurde von einer westeuropäischen Allianz, unter tatkräftiger Unterstützung der bei kriegerischen Lustbarkeiten stets hilfreichen USA, weggebombt. Übriggeblieben ist ein gescheiterter Staat, der nun schwarzafrikanischen „Flüchtlingen“ freie Bahn nach Norden bietet. Unsere Regierungen sind – wie immer - mit Problemen konfrontiert, die ohne ihr aktives Handeln gar nicht erst in die Welt getreten wären.

Nicht, dass in großen Teilen Afrikas die Scheiße weniger stark dampfen würde, wenn Oberst Gadaffi auch heute noch seine Phantasieuniformen trüge – das nicht. Aber es handelte sich um das was es ist: Ein rein afrikanisches Problem. Nun

ist es plötzlich zu unserem geworden. Durch die Schuld der politischen Eliten Eurolands.

Nach Meldungen gewöhnlich gut informierter Kreise, können sich derzeit rund 500 Millionen südlich der Sahara lebende Afrikaner die Migration nach Europa vorstellen. Ob die aus allen Poren Moral und Mitgefühl ausdünstenden Bessermenschen meinen, dass die Welt tatsächlich ein besserer Ort würde, setzte sich nur jeder EU-Bürger einen davon auf den Schoss?

Zurück zu den bösen Schleppern: Auf die Idee, dass es sich bei diesen um ganz gewöhnliche Dienstleister handelt, die schlicht und ergreifend eine bestehende - rasch wachsende - Nachfrage bedienen, kommt die politische Klasse nicht. Das ist kaum verwunderlich, weil keiner ihrer Angehörigen je begreifen wird, dass zwischen Angebot und Nachfrage eben ein eherner Zusammenhang besteht. Dass die profitorientierten Reiseorganisatoren keine Luxusliner, sondern rostige Seelenverkäufer auf die Fahrt übers Mittelmeer schicken, ändert nichts daran, dass sie nur deshalb in Aktion treten, weil es zahlungskräftige Kundschaft gibt. Mit anderen Worten: Schlepper motivieren niemanden zur Emigration. Sie produzieren auch keine „Flüchtlinge“. Sie sorgen nur für deren Transport. Die selbstlosen europäischen Asylindustriellen müssten diesen Reiseveranstaltern geradezu dankbar sein! Dass die Schlepper mit einem miesen Image zu kämpfen haben, ist der Tatsache geschuldet, dass die Welt ein Jammertal der Ungerechtigkeit und des (ökonomischen) Unverstands der hiesigen Bessermenschen ist.

Beweis: Es herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass es sich bei den „Flüchtlingen“ um Mühselige und Beladene handelt, die unser aller Mitgefühl und Beistand verdienen, während Schlepper den Abschaum der Menschheit bilden. Bucht ein arabischer oder afrikanischer „Flüchtling“ zwecks illegaler Einreise ins gelobte Euroland, für teures Geld ein Ticket auf einem verrosteten Kahn (oder in einem überfüllten LKW), so ist er ein unschuldig Opfer, während es sich beim Skipper oder Fahrer und deren Auftraggeber um üble Halunken handelt. Dieser Logik folge wer will! Denn in allen anderen Fällen gilt: Stiftet A den B zu einer gesetzeswidrigen Handlung an, wird kein Mensch seine Mitschuld bestreiten. Exakt dieser Sachverhalt liegt bei der Beziehung zwischen „Flüchtling“ und Schlepper vor: Es geht um einen einvernehmlich bewerkstelligten, illegalen Grenzübertritt.

Dessen ungeachtet, hat der Kampf gegen die Schlepper ebenso viel Sinn wie der gegen die Drogendealer - gar keinen. Denn wo ein Bedarf besteht, da findet sich auch ein Lieferant. Immer. Überall. Einzige Konsequenz der staatlichen Intervention ist die Verteuerung des Angebots und die Verschlechterung der gebotenen Leistung. Also im Grunde genau das, was auch in allen übrigen Fällen passiert, wenn der Staat sich nicht um seine eigenen Angelegenheiten kümmert und in den Markt interveniert.

Einschlägige Probleme gibt es übrigens nur in sozialistischen Gesellschaften. In einem die privaten (Eigentums-)Rechte respektierenden Gemeinwesen, würde ein Flüchtlingsproblem erst gar nicht entstehen. Für die paar Handvoll wirklich Verfolgter würde die private Caritas nämlich völlig ausreichen. Und für Sozialtransfertouristen bestünden keinerlei verlockende Anreize. Indes wäre jeder, der zu arbeiten fähig und bereit und sich zu integrieren willens ist, willkommen. Auf Hunderttausendfachen dauerarbeitsloser Ziegenhirten, Dattelklauber und Dschihadisten könnte man in Euroland ebenso getrost verzichten, wie in Übersee.

Wie ein „Flüchtlingsproblem“ in den Griff zu kriegen ist, wird am Beispiel Australiens deutlich: Wer hinein will, muss Geld vor- und Qualifikationen nachweisen. Auf eine „Kulturbereicherung“ durch unqualifizierte Sozialschnorrer hat man dort von jeher verzichtet – ohne dass die Gesellschaft deshalb verarmt wäre...

a.toegel@atomed.at